Stand: 15.07.2025 07:54:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21636

"Ukraine-Krise: Resilienz der bayerischen Wirtschaft stärken, Bürgerinnen und Bürger entlasten, Energiepreisstabilität und Versorgungssicherheit herstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21636 vom 09.03.2022
2. Beschluss des Plenums 18/21721 vom 10.03.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 10.03.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 09.03.2022 **Drucksache** 18/**21636**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Franz Josef Pschierer, Andreas Schalk, Josef Schmid, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ukraine-Krise: Resilienz der bayerischen Wirtschaft stärken, Bürgerinnen und Bürger entlasten, Energiepreisstabilität und Versorgungssicherheit herstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Wirtschaft und Verbraucher umgehend von den exorbitant steigenden Energiepreisen, die durch den Krieg in der Ukraine zusätzlich angefacht werden, entlastet werden.

Hierzu sollen kurzfristig folgende Maßnahmen ergriffen werden:

– umgehende deutliche Senkung der Verbrauchsteuern auf Energie, insbesondere der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, der Energiesteuer auf fossile Kraft- und Heizstoffe sowie temporär der Mehrwertsteuer auf Strom, Kraft- und Heizstoffe sowie Fernwärme von derzeit 19 Prozent auf 7 Prozent,

– Anhebung der Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer rückwirkend ab 01.01.2022,

– Prüfung der Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen sowie der Wiederinbetriebnahme der zum 31.12.2021 abgeschalteten deutschen Atomkraftwerke für die nächsten drei bis fünf Jahre.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für eine Prüfung durch den Bund einzusetzen, welche Maßnahmen für ausreichende Reservekapazitäten für die Stromerzeugung in den nächsten drei bis fünf Jahren erforderlich sind, damit die zuverlässige und bezahlbare Versorgungssicherheit in Deutschland respektive Bayern auch in Krisenzeiten gewährleistet ist und die Abhängigkeit von Russland abgebaut werden kann. Dabei sollen insbesondere folgende Maßnahmen geprüft werden:

– Verbesserung der Rahmenbedingungen und Schaffung von Rechtssicherheit für Biogasanlagen, um die Strom- und Wärmeproduktion aus bestehenden Anlagen zu steigern. Biogasanlagen sind vor allem auch in Situationen mit geringer Stromerzeugung aus volatilen erneuerbaren Energien systemdienlich.

– Erhöhung der Einspeisung von Biomethan ins Gasnetz, um Energieengpässen und steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Schaffung von Notfallkapazitäten durch Nutzung fossiler Kohle bei gleichzeitig beschleunigtem Umstieg auf erneuerbare Energien.

Der Landtag sieht es als notwendig an, für mehr Unabhängigkeit vom Import fossiler Energieträger, aber auch für den Klimaschutz die Energiewende massiv zu beschleunigen. Dazu

– sollen die Genehmigungsverfahren für die Errichtung der notwendigen Erzeugungs- und Transportkapazitäten vereinfacht und beschleunigt werden,

– soll die Energiewende mit einem verfassungskonformen Sonderinvestitionsprogramm des Bundes im Umfang von mindestens 100 Mrd. Euro vorangetrieben werden. Dieses Sonderinvestitionsprogramm ist ausschließlich aus Bundesmitteln zu finanzieren. Zahlungen dürfen nicht durch die Länder kofinanzierungspflichtig sein und nicht zulasten des bestehenden Fördersystems und seiner Mittelansätze gehen. Zusätzlich zu den bereits zur Verfügung stehenden Mitteln sollen aus dem Sonderinvestitionsprogramm insbesondere folgende Maßnahmen vorangetrieben werden:

  – Förderung von Photovoltaik-Speichern in Wohngebäuden,

  – Förderung für Geothermie-Projekte zur Wärmeversorgung

  – Förderung der Wasserstoffwirtschaft, insbesondere zur Ertüchtigung und zum Ausbau der bestehenden Gas-Infrastruktur für Wasserstoff.

Begründung:

Die aufgrund des Krieges in der Ukraine exorbitant steigenden Energiepreise stellen die bayerische Wirtschaft sowie die privaten Verbraucher vor enorme Herausforderungen. Es ist deshalb dringend erforderlich, dass die Energiepreise umgehend über kurzfristige Maßnahmen gesenkt werden. Um auch mittelfristig die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, ist eine Erhebung der notwendigen Reservekapazitäten erforderlich. Notwendig ist außerdem, dass der Bund für eine deutlich schnellere Energiewende erhebliche Mittel für die dazu notwendigen Investitionen bereitstellt.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.03.2022 **Drucksache** 18/**21721**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Franz Josef Pschierer, Andreas Schalk, Josef Schmid, Karl Straub, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**21636**

Ukraine-Krise: Resilienz der bayerischen Wirtschaft stärken, Bürgerinnen und Bürger entlasten, Energiepreisstabilität und Versorgungssicherheit herstellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Wirtschaft und Verbraucher umgehend von den exorbitant steigenden Energiepreisen, die durch den Krieg in der Ukraine zusätzlich angefacht werden, entlastet werden.

Hierzu sollen kurzfristig folgende Maßnahmen ergriffen werden:

– umgehende deutliche Senkung der Verbrauchsteuern auf Energie, insbesondere der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, der Energiesteuer auf fossile Kraft- und Heizstoffe sowie temporär der Mehrwertsteuer auf Strom, Kraft- und Heizstoffe sowie Fernwärme von derzeit 19 Prozent auf 7 Prozent,

– Anhebung der Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer rückwirkend ab 01.01.2022,

– Prüfung der Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen sowie der Wiederinbetriebnahme der zum 31.12.2021 abgeschalteten deutschen Atomkraftwerke für die nächsten drei bis fünf Jahre.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für eine Prüfung durch den Bund einzusetzen, welche Maßnahmen für ausreichende Reservekapazitäten für die Stromerzeugung in den nächsten drei bis fünf Jahren erforderlich sind, damit die zuverlässige und bezahlbare Versorgungssicherheit in Deutschland respektive Bayern auch in Krisenzeiten gewährleistet ist und die Abhängigkeit von Russland abgebaut werden kann. Dabei sollen insbesondere folgende Maßnahmen geprüft werden:

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

- Verbesserung der Rahmenbedingungen und Schaffung von Rechtssicherheit für Biogasanlagen, um die Strom- und Wärmeproduktion aus bestehenden Anlagen zu steigern. Biogasanlagen sind vor allem auch in Situationen mit geringer Stromerzeugung aus volatilen erneuerbaren Energien systemdienlich.
- Erhöhung der Einspeisung von Biomethan ins Gasnetz, um Energieengpässen und steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken.
- Schaffung von Notfallkapazitäten durch Nutzung fossiler Kohle bei gleichzeitig beschleunigtem Umstieg auf erneuerbare Energien.

Der Landtag sieht es als notwendig an, für mehr Unabhängigkeit vom Import fossiler Energieträger, aber auch für den Klimaschutz die Energiewende massiv zu beschleunigen. Dazu

- sollen die Genehmigungsverfahren für die Errichtung der notwendigen Erzeugungs- und Transportkapazitäten vereinfacht und beschleunigt werden,
- soll die Energiewende mit einem verfassungskonformen Sonderinvestitionsprogramm des Bundes im Umfang von mindestens 100 Mrd. Euro vorangetrieben werden. Dieses Sonderinvestitionsprogramm ist ausschließlich aus Bundesmitteln zu finanzieren. Zahlungen dürfen nicht durch die Länder kofinanzierungspflichtig sein und nicht zulasten des bestehenden Fördersystems und seiner Mittelansätze gehen. Zusätzlich zu den bereits zur Verfügung stehenden Mitteln sollen aus dem Sonderinvestitionsprogramm insbesondere folgende Maßnahmen vorangetrieben werden:
  - Förderung von Photovoltaik-Speichern in Wohngebäuden,
  - Förderung für Geothermie-Projekte zur Wärmeversorgung
  - Förderung der Wasserstoffwirtschaft, insbesondere zur Ertüchtigung und zum Ausbau der bestehenden Gas-Infrastruktur für Wasserstoff.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Alexander König
Abg. Uli Henkel
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Florian von Brunn
Abg. Andreas Winhart
Abg. Albert Duin
Abg. Rainer Ludwig
Abg. Horst Arnold
Staatsminister Hubert Aiwanger

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ukraine-Krise: Resilienz der bayerischen Wirtschaft stärken, Bürgerinnen und Bürger entlasten, Energiepreisstabilität und Versorgungssicherheit herstellen (Drs. 18/21636)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)
Krieg in Europa! Bayerische Bürger und Wirtschaft wirksam entlasten: AfD-Steuer- und Energiepolitik umsetzen (Drs. 18/21709)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiesicherheit - Sofortmaßnahmen für den Ausstieg aus der Abhängigkeit (Drs. 18/21710)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Alexander König, CSU-Fraktion, das Wort.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Koalitionsfraktionen, haben einen relativ langen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Da bitte ich um Verständnis. Ich will mich jetzt mal schwerpunktmäßig auf den ersten Teil konzentrieren, weil das unser Hauptanliegen als CSU-Fraktion ist: Das ist

die Höhe der Energiepreise in unserem Land. Teile der Wirtschaft stehen aufgrund der steigenden Energiepreise mit dem Rücken zur Wand. Aber auch ganz breite Teile der Bevölkerung sind an ihrer Belastungsgrenze angekommen. Deshalb sind wir der Meinung, dass in dieser außergewöhnlichen Situation auch außergewöhnliche Schritte unternommen werden müssen, um sowohl unsere Wirtschaft als auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zumindest vorübergehend, zumindest in dieser Zeit exorbitant steigender Energiepreise zu entlasten.

Wir haben reihenweise energieintensive Industrien in unserem Land. Wir haben einzelne extrem energieintensive Industrien, die wirklich mit dem Rücken zur Wand stehen. Ich habe heute schon mal die mittelständische Glasindustrie im Landkreis Kronach erwähnt mit drei großen Glashütten, um es mal an einem Beispiel aus dem Mittelstand deutlich zu machen. Diese Firmen gehören zu den ältesten Unternehmen in Deutschland überhaupt. Die gibt es seit Jahrhunderten. Das sind erfolgreich wirtschaftende mittelständische Firmen mit einem sehr hohen Eigenkapitalanteil. Sonst wären sie wahrscheinlich gleich platt bei diesen steigenden Energiepreisen. Die stehen bei den steigenden Energiepreisen mit dem Rücken zur Wand. Keine Firma kann vom Draufzahlen leben. Das ist uns allen klar. Deshalb ist es dringend erforderlich, in dieser außergewöhnlichen Situation der fast exponentiell steigenden Energiepreise auch der Wirtschaft zu helfen. Die Politik hat die Möglichkeit, das zu tun, indem sie – ich sage es noch mal, hoffentlich nur für einen Übergangszeitraum; wir alle wissen nicht, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden – zumindest die Energiesteuern nennenswert senkt. Das ist der Inhalt dieses Dringlichkeitsantrags. Darum bitten wir.

Dasselbe gilt für die Bürgerinnen und Bürger. Es sind bei Weitem nicht nur auf der einen Seite besonders sozial schwache Menschen, die an ihren Grenzen angelangt sind bei der Frage, wie sie ihre Heizung und sonstigen Energien noch zahlen sollen, sondern es sind auf der anderen Seite auch die ganz Normalen, sage ich mal, die Masse der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, die tüchtig arbeiten, die ein nor-

males Einkommen erzielen und deren Kosten zurzeit vor allem für ihre Fortbewegungsmittel, aber auch für die übrige Energie sprunghaft steigen.

Auch unsere Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, dass wir in dieser außerordentlichen Situation helfen. Deshalb ist unsere Aufforderung an die große Politik, auch hier die Energiesteuern zu senken und darüber hinaus zumindest vorübergehend die Mehrwertsteuer über das eigentlich zulässige Maß hinaus zu senken. Wir wissen natürlich, dass es europäische Regeln gibt, dass es Mindeststeuersätze gibt. Aber wir sind der Meinung, dass es in dieser außerordentlichen Situation angebracht ist, auch mal europäische Regeln außer Kraft zu setzen.

Ich glaube, dass es erforderlich wäre, dass sich hier der Bundeskanzler in Europa bemerkbar macht und sagt: Wir bitten, für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, aber natürlich dann auch für alle in der Europäischen Union die Möglichkeit zu schaffen, zumindest für einen vorübergehenden Zeitraum merkbare Steuererleichterungen einzuführen;denn es ist vonseiten des Staates unanständig, den Bürgerinnen und Bürgern aufgrund der sprunghaft steigenden Energiepreise überdurchschnittlich hohe Steuern abzuverlangen. Das betrifft die Verbrauchsteuern und in besonderer Weise auch die Mehrwertsteuer. Der Staat verdient sozusagen an jedem Preissprung der Energien mit.

Wenn Sie mal auf Ihre Tank-App schauen – die meisten haben wahrscheinlich eine, ich habe vorhin einmal geschaut –, sehen Sie, dass der Dieselpreis entlang der A 9 heute bei Preisen von bis zu 2,659 Euro lag. Das ist eine Größenordnung, die sich die GRÜNEN zwar schon länger vorstellen konnten, wie wir wissen; aber die übrigen Teile dieses Hauses haben bis vor Kurzem nicht damit gerechnet.

Es ist uns wirklich ein großes Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern, die hier an ihrer Belastungsgrenze sind, die oft keine Rücklagen haben, die keine Möglichkeit haben, die Preissprünge mit ihrem Einkommen auszugleichen, das nicht ansatzweise mitsteigt, zumindest vorübergehend zu helfen, um diese besonderen Lasten zu tragen.

Auf der einen Seite steigen die Benzin- und Dieselpreise, auf der anderen Seite müssen wir vor allem die Wärmeenergie sehen. Die Preise von Wärmeenergie sind für die meisten Bürgerinnen und Bürger auch schon stark angestiegen. Sie werden wahrscheinlich auch sprunghaft weiter steigen, weil viele Versorgungsunternehmen den Preis nach dem Prinzip Hoffnung bisher noch nicht weiter erhöht haben, weil sie nach dem Prinzip Hoffnung davon ausgegangen sind, dass es sich um einen Ausschlag des Preises handeln könnte, der vielleicht binnen Monaten oder eines halben Jahres wieder nach unten zurückgehen könnte. Viele Versorgungsunternehmen haben wahrscheinlich in der Hoffnung darauf die Preise noch nicht in dem Maße angepasst, wie es eigentlich am Ende erforderlich sein wird, um ihre Einkaufskosten überhaupt zu decken. Deshalb ist auch hier leider zu erwarten, dass weitere enorme Kostensteigerungen auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen werden.

Das trifft natürlich in gleichem Maße auch auf unsere Wirtschaft zu. Das trifft in ganz besonderem Maße auf unsere energieintensiven Betriebe zu. Nachdem die Senkung der Mehrwertsteuer bekanntlich den Firmen nicht hilft, weil sie für die Firmen ein durchlaufender Posten ist, ist es dringend erforderlich, die übrigen Energiesteuern maßgeblich zu senken. Das ist der Kern unseres Antrags.

Darüber hinaus treten wir dafür ein, die Pendlerpauschale rückwirkend nochmals zu erhöhen.

Wir haben auch den Punkt, der heute schon Gegenstand der Debatte war, nämlich das Thema der vorübergehenden Verlängerung der Laufzeiten der restlichen Atomreaktoren noch einmal aufgenommen. Wir halten es für erforderlich, dass das noch einmal ernsthaft geprüft wird, und zwar nicht nach dem Motto, das passt uns politisch nicht in den Kram, und deswegen wissen wir binnen Stunden, dass es nicht funktioniert, sondern wir möchten, dass man das wirklich noch einmal ernsthaft prüft. Staatsminister Aiwanger hat das ja vorhin ausgeführt, wie das wahrscheinlich möglich wäre, wenn man den politischen Willen dazu hätte. Wir halten es für erforderlich, um auch

beim Strompreis nicht weitere Preissprünge für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen erleben zu müssen.

Das ist einmal aus Sicht der CSU der Kern dieses Antrags. Kollege Ludwig hat mir gesagt, er wird zu allem Stellung nehmen, also auch zu den ganzen weiteren Bestandteilen des Antrags. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung. Zur ersten Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Uli Henkel das Wort.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Herr Kollege König, mit Ihrem Antrag kopieren die CSU und die FREIEN WÄHLER ausgiebig langjährige Kernforderungen der AfD: Die Senkung der Stromsteuer hat die AfD in fünf Anträgen, die Senkung der Energiesteuer in drei Anträgen, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Energieträger in vier Anträgen und die Erhöhung der Pendlerpauschale in drei Anträgen verlangt. Die Laufzeitverlängerung der bayerischen Kernkraftwerke hat die bayerische AfD-Fraktion seit November 2018 sogar in zwanzig Einzelanträgen gefordert. Muss ich hinzufügen, dass jeder dieser 35 Anträge von CSU und FREIEN WÄHLERN hier im Bayerischen Landtag unter fadenscheinigen Begründungen abgelehnt wurde? – Dazu habe ich zwei Fragen an Sie.

Erstens. Wie fühlt es sich an, erst jahrelang alle AfD-Forderungen pauschal abzulehnen, diese plötzlich aber ganz unverhohlen zu übernehmen?

Zweitens. Geschätzter Herr Kollege – Sie wissen, ich schätze Sie –, haben Sie nach dem Plenum ein bisschen Zeit für mich? Denn dann schenke ich Ihnen gern unser AfD-Programm, damit Sie künftig direkt daraus abschreiben können. Vielleicht übernehmen Sie ja dann auch in anderen Politikfeldern unsere Forderungen. Für Bayern wäre es jedenfalls gut.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege König, bitte schön.

Alexander König (CSU): Ich bin davon überzeugt, dass dieser Redebeitrag keine Frage darstellen sollte, sondern dass es Ihnen wieder einmal darum geht, hier einen Beitrag für Ihre Social-Media-Profile zu liefern. Das mag Ihnen aus Ihrer Sicht gelungen sein. Wenn Sie die Dinge aber einmal wirklich ernsthaft verfolgen, wissen Sie, dass das nicht unsere erste Forderung nach einer Senkung der Energiesteuer und nach einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft im Allgemeinen ist. Das ist eine Kernforderung der CSU, die sie schon länger erhebt.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Kollege König, Sie haben die Problematik der hohen Energiepreise für die Bürgerinnen und Bürger hervorgehoben. Das ist natürlich eine Kehrseite dessen, was wir an Sanktionen gegen Russland verhängen. Wenn wir jetzt noch weitere Sanktionen verhängen sollten, zum Beispiel indem wir den Import von Gas und Öl nicht mehr zulassen, würden die Preise natürlich immer weiter steigen.

Sie haben heute Morgen in der Debatte in der Aktuellen Stunde schon gesagt, dass das Abdrehen des Gashahns Putin nicht dazu bringen würde, den Krieg einzustellen. Ich möchte Ihnen da widersprechen bzw. Ihre Meinung dazu hören. Ich bin nämlich schon der Meinung, wenn man sich die Bewertungen der Rating-Agenturen anschaut, dass Putin von den Sanktionen allgemein und besonders von dem Einfrieren der Währungsreserven überrascht wurde. Die Zeit bis zu einem Default, also einer Staatspleite Russlands, könnte verkürzt werden, wenn man weitere Sanktionen auch im Bereich Öl und Gas verhängen würde – freilich mit entsprechenden Folgen, die aber vorübergehend wären. Warum sehen Sie das anders? Warum wollen Sie die Handlungsfähigkeit Putins noch weiter verlängern?

Alexander König (CSU): Ich glaube, dass Sie sich etwas vormachen. Es ist eine Illusion, wenn man meint, es wäre uns möglich, über Sanktionen oder über das Abdrehen des Gashahns einen Krieg zu beenden. Ich glaube eher, dass wir den Krieg dadurch weiter befeuern würden. Wir würden darüber hinaus dazu beitragen, dass die Energiepreise nochmals sprunghaft exponentiell ansteigen.

Staatsminister Aiwanger hat vorhin dargelegt, dass die Geschichte, die gern erzählt wird, dass wir über den nächsten Winter kommen etc., leider mit der Realität nichts zu tun hat. Vielmehr sind namentlich die Gasvorräte so gering, dass wir bei einem Abstellen des Gashahns über sehr kurze Zeit zu der Situation kommen, dass die Firmen, von denen ich gerade gesprochen habe, sich über den Preis überhaupt gar keine Gedanken machen müssen, weil sie überhaupt kein Gas mehr bekommen. Sie haben mit ihren Lieferanten nicht selten Verträge mit Klauseln, in denen sinngemäß drinsteht: Ihr habt zwar den günstigeren Preis, aber wenn wir Lieferprobleme haben, seid ihr die Ersten, denen das Gas abgedreht wird. Ich kann das jetzt aber nicht beschwören.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf auf die Zeit aufmerksam machen.

Alexander König (CSU): In Bayern allein könnte eine Zahl von 200.000 Arbeitnehmern davon betroffen sein, wenn Firmen schlagartig nicht mehr produzieren können. Ich halte das für eine ganz dämliche Idee; es ist eine dumme Idee zu glauben, dass wir den Krieg beenden könnten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege König, kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

Alexander König (CSU): Man kann den Krieg nur durch Verhandlungen beenden, aber nicht durch das Abdrehen des Gashahns.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Damit kommen wir zur nächsten Rednerin. Das ist Frau Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie, die schwarz-rot-grün-gelb-orange Regenbogenfront der Einheitsmeinungsparteien Deutschlands sind nicht nur mit Ihrem Latein, sondern auch mit Ihrem Bairisch am Ende.

Sie haben nicht nur die höchste Altersarmut, die höchste Kinderarmut, den größten Niedriglohnsektor, das niedrigste Bürgervermögen und die ungerechteste Vermögensverteilung in der Geschichte unseres Landes zu verantworten. Sie haben auch die höchste Steuerabgabenlast schon vor dem Ukraine-Krieg, die höchsten Energiepreise und eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt mitverursacht. Sie haben Familien kinderlos, den Mittelstand mittellos, die Bundeswehr wehrlos und unser Land zum Zahlmeister und Gespött der ganzen Welt gemacht.

Doch wer hat schon vor Jahren auf mehr Energieautarkie gesetzt? – Die AfD. Wer hat schon vor Jahren eine intelligente und technologieoffene Energiepolitik gefordert? – Die AfD. Wer hat schon vor Jahren Steuersenkungen zur Entlastung der Bürger gefordert? – Sie ahnen es bereits: die AfD.

Mit Corona konnten Sie zwei Jahre lang von den tatsächlichen Missständen in diesem Land ablenken.Jetzt wollen Sie uns weismachen, die explodierenden Energie- und Kraftstoffpreise lägen vor allem am russisch-ukrainischen Krieg. Doch unter den Top-20-Erdölförderländern liegt der russische Anteil nur bei knapp über 8 % und bei den Erdgasförderländern bei gerade mal rund 5 %. Indes: Der Literpreis für Kraftstoffe beträgt auch beim Diesel bereits weit über zwei Euro. Mehr als die Hälfte davon kassiert der Staat: Ökosteuer, Energiesteuer, CO_2-Abgabe und natürlich die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, die bei höheren Verkaufspreisen entsprechend ansteigen. Der Staat stopft sich mit Steuern die Taschen voll. Das ist bürger- und wirtschaftsfeindlich.

(Beifall bei der AfD)

Ihre staatlich verordnete Preispolitik belastet in einem Flächenland wie Bayern berufstätige Pendler und kleine und mittelständische Unternehmen, aber auch Familien gleichermaßen. Dabei wäre es für Sie ein Leichtes, Tanken wieder bezahlbar zu machen und unsere Bürger zu entlasten. Durch unseren Vorschlag zur Senkung der Energie- und der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe sowie zur Abschaffung der CO_2-Abgabe ließen sich die Literpreise schnell um mindestens 50 Cent senken.

Sie machen über den Preishebel seit Jahren gezielte Zwangspolitik gegen die Bürger, um sie auf Ihren Elektroautokurs zu trimmen. Sie verschweigen den Menschen dabei aber, dass die Energiepreise schon seit Jahren vor allem wegen Ihrer weltfremden sogenannten Energiewende und der unverantwortlichen Geldmengen- und Nullzinspolitik der EZB steigen.

(Zuruf)

In der Folge vernichtet die seit einem halben Jahrhundert höchste Inflation die Rücklagen unserer Sparer und Rentenkassen in nie dagewesener Größenordnung. Während Sie sich fette Diäten selbst zuteilen, üppige Pensionen und Ministerbezüge gönnen, einige von Ihnen sich an unverschämten Maskendeals bereichern und sich staatsnahe Firmen wie die der Gattin des Ministerpräsidenten mit staatlichen Subventionen dumm und deppert verdienen können, stürzen Sie ohne jedes Mitgefühl Millionen von Menschen in wirtschaftliche Not.

(Beifall bei der AfD)

Allen, die jetzt wie Ex-Bundespräsident Gauck fordern, für den Weltfrieden zu frieren, sage ich klar und deutlich: Laut Statistischem Bundesamt müssen schon seit Jahren rund zwei Millionen unserer deutschen Mitbürger im Winter frieren, weil sie sich das Heizen nicht leisten können. Die Letzten unter Ihnen, die noch nicht den Kontakt zur Lebensrealität der Bürger verloren haben, fordere ich deswegen auf, unseren Antrag zu unterstützen: Moratorium auf die gegenwärtigen CO_2-Ziele, Erhöhung der Pendlerpauschale, Laufzeitverlängerung unserer AKWs, Investitionen in moderne, nicht GAU-

fähige Reaktortypen und vorerst kein Ausstieg aus der Kohle. Aber vor allem: Senken Sie sofort deutlich die Steuern, schaffen Sie die EEG-Umlage ab, und führen Sie einen steuerfreien Grundstrombedarf ein! Wenn Sie wissen wollen, wie Sie die Herausforderungen der Zukunft meistern können, dann lesen Sie doch einfach unser Parteiprogramm.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Martin Stümpfig, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute schon im ersten Teil unserer Energiedebatte zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion klargestellt, wie enorm abhängig Bayern von fossilen Energien ist, vor allem aus Russland. Bei dem Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN erschüttert mich wirklich, dass in diesen elf Vorschlägen, wenn man sie so nennen will, kein einziger Punkt enthalten ist, der unsere eigenen Zuständigkeiten betrifft. Alle elf Punkte richten sich nur an Berlin; keine einzige Forderung ist dabei, mit der man vor der eigenen Haustür kehren würde. Das ist wirklich mehr als unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Hubert Aiwanger)

– Herr Aiwanger, wenn Sie keinen Antrag dazu brauchen, dann machen Sie einfach mal und setzen Sie um! Was wir momentan haben, ist einfach eine Krise; das ist eine Versorgungskrise.

Was ich dann vom Kollegen König höre, der Preis spiele eventuell gar keine Rolle mehr, wir bräuchten uns keine Gedanken mehr zu machen, weil überhaupt kein Gas mehr vorhanden sei, ist schon zu hinterfragen. Im Großteil Ihres Antrags geht es darum, den Preis zu senken. Aber wenn etwas knapp ist, dann mache ich es doch nicht billiger. Wenn etwas knapp ist und ich es billiger mache, was passiert denn

dann? – Dann geht der Preis noch mal hoch. Das kann doch definitiv nicht die Lösung sein.

Daher sagen wir ganz klar: In dieser Situation geht es vor allem darum, über den nächsten Winter zu kommen. Minister Aiwanger hat in seiner Rede betont, es geht ums Energiesparen. Ich fand diese Passage gut. Das sollte man herausstellen. Gasvorräte schonen, Gasspeicher anlegen usw. Das Einzige, was Ihnen in Ihrem Antrag einfällt, besteht darin, den Preis zu senken und den Verbrauch hochzutreiben. Das kann doch nicht die Lösung sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf, ernsthafte Lösungsvorschläge zu machen. Was Sie hier machen, ist Oppositionsarbeit gegenüber Berlin. Wenn Sie so dringend auf den Oppositionsbänken Platz nehmen wollen, dann bitte sehr; in Berlin tut Ihnen das sehr gut. In München wird es allerhöchste Zeit, dass Sie hier auf den Oppositionsrängen Platz nehmen; denn dann passen diese Anträge vortrefflich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie man es richtig macht, sehen Sie an der Veröffentlichung aus dem Bundeswirtschaftsministerium von heute Nachmittag um 16 Uhr: Versorgungssicherheit stärken, Abhängigkeiten reduzieren. Die drei Seiten können Sie sich gerne mal anschauen.

Wir haben heute einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen, um klarzumachen, dass es auch um kurzfristige Maßnahmen geht. Was können wir heuer, im Jahr 2022, machen? – Da sehen wir zum Beispiel die Energiesparberatung. Wir fordern die Staatsregierung auf, einen Check der bestehenden Heizungsanlagen und eine Energiesparberatung für jedes Haus in Bayern zur Verfügung zu stellen. – Sie lachen, Herr König, aber Sie machen gar nichts.

(Zuruf)

Bieten Sie so etwas wenigstens an! Das ist ein wichtiger Baustein.

Dann fordern wir ein Energiesozialprogramm. Die Energiepreise sind sehr hoch. Wir wissen nicht, wie lange der Krieg noch dauert. Die Preise werden wahrscheinlich sehr lange hoch bleiben. Aber dann brauchen wir – wie Sie es in Ihrem Antrag haben – keine Gießkanne – die finanziellen Mittel dafür sind gar nicht vorhanden –, sondern wir brauchen ein spezielles Energiesozialprogramm mit einem Härtefallfonds für die Verbraucherinnen und Verbraucher, für die Privathaushalte, die es notwendig haben, die in existenzieller Bedrängnis sind, oder auch für die Glasindustrie. Sie haben es doch selber genannt, Herr König. Aber warum machen Sie dann hier die Gießkanne auf?

Genauso ein Schmarrn ist der Industriestrompreis von 4 Cent. Warum bieten Sie nicht gezielt Lösungen an? Das ist unsere Forderung, und da müssen wir hin.

(Zuruf)

Eine kurzfristige unbürokratische Halbierung der Ticketpreise in Bayern für dieses Jahr wäre auch eine Möglichkeit. Wir müssen einfach auf die Energieeffizienz setzen. Der ÖPNV ist wirklich energieeffizient. Das heißt eine Halbierung der Ticketpreise im Jahr 2022 für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, Berufspendler.

Mit einem Landesfortbildungsprogramm könnten wir den Turbo zünden, um Arbeitsplätze in den Bereichen, die wir für die ökologische Transformation brauchen, zu schaffen, Umschulungsprogramme usw.

Ein weiterer Punkt wäre ein Zukunftspaket für unsere Industrie in Richtung Lastmanagement, Abwärmenutzung und krisensichere Rohstoffbeschaffung. Das alles können wir heuer machen, Herr Aiwanger.

Solche Punkte sollte man ernsthaft prüfen – der Ministerpräsident ist nicht da – und nicht zuallererst eine Laufzeitverlängerung ins Auge fassen. Darüber haben wir heute schon ausreichend diskutiert. Das ist wirklich eine Schnapsidee. Schauen Sie sich nur die zwei Atomkraftwerke in der Ukraine an, Tschernobyl und Saporischschja. Ein An-

griff ist letzte Woche erfolgt. Wollen wir weiterhin diese Hochrisikotechnologie fortführen? – Wir GRÜNE sagen klar: Nein!

Wir fordern Sie also auf, hier endlich Nägel mit Köpfen zu machen, um uns von der Abhängigkeit zu lösen und hier Verantwortung zu zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung, und zwar von Herrn Uli Henkel. Bitte, Herr Henkel.

Uli Henkel (AfD): Lieber Herr Stümpfig, eine Frage. Vieles habe ich nicht verstanden und macht keinen großen Sinn. Aber eines ist doch auffallend. Sie reden davon, die Abwärme zu nutzen. Um Abwärme zu nutzen, muss diese zunächst mal erzeugt werden, und zwar mit fossilen Energieträgern – in der Regel jedenfalls. Also, irgendwie ist das auch nicht ganz stimmig, was Sie uns hier verkaufen wollen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir haben momentan in Bayern einen Energiebedarf von rund 500 Terawattstunden; davon machen Mineralöl 200 Terawattstunden und Gas über 100 Terawattstunden aus. Natürlich können wir nicht von heute auf morgen sagen: Wir haben keinen Öl- und keinen Gasverbrauch mehr. Das haben wir auch nie gesagt. Sehen Sie sich das Papier aus dem Haus von Robert Habeck an. Sie werden sehen: Es geht genau in diese Richtung. Wir sagen: Jawohl, wir müssen jetzt auch einmal die Kröte schlucken und dieses Jahr mehr Steinkohle verbrennen. Ich hätte mir auch nicht gedacht, dass ich als GRÜNER einmal hier stehen und dies sagen werde. Ja, das brauchen wir jetzt natürlich.

(Zuruf)

– So einfach ist es aber nicht. Natürlich ist das eine Krise. Woher soll es denn kommen?

Es macht doch überhaupt keinen Sinn, jetzt die Laufzeit der Atomkraftwerke zu verlängern. Die drei Atomkraftwerke, die wir in Deutschland noch haben, erzeugen 30 Terawattstunden. Das ist ein Minianteil am gesamten Bedarf. Dies ist sowohl finanziell als auch unter Sicherheitsaspekten hoch riskant. Wir bräuchten neue Sicherheitsprüfungen. Kollege Ludwig hat gesagt, dass die Laufzeitverlängerung rechtlich möglich ist. Ob sie technisch möglich ist, war überhaupt nicht im Gespräch. Warum lassen wir uns auf solche Risiken ein? Wir haben die Steinkohle; sie steht Stand-by. Das ist die Kröte, die wir schlucken; ja. Das erfordert jetzt einfach die Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag, den CSU und FREIE WÄHLER heute vorlegen, liest sich eigentlich wie eine Mängelliste Ihrer eigenen Energiepolitik. Herr König, ich zitiere gerne noch einmal den "Münchner Merkur": "Bayern sitzt wie kein anderes deutsches Bundesland in Putins Gasfalle." Wer regiert denn in Bayern? Ich dachte, das wären Sie. Aber statt endlich die hausgemachten Probleme anzupacken, richten Sie wieder Forderungen nach Berlin.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommt, dass Ihre Forderungen entweder zu spät kommen, weil von uns in Berlin schon erledigt, oder nicht seriös zu finanzieren sind, insbesondere weil darin haufenweise Mitnahmeeffekte und Steuergeschenke für Energieunternehmen und für die Champagner-Etage in diesem Land enthalten sind. Wie wollen Sie denn bei einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie sicherstellen, dass der dadurch freiwerdende Betrag von den Energieunternehmen nicht einbehalten wird? Dazu haben Sie überhaupt keinen Vorschlag vorgelegt, auch nicht der Wirtschaftsminister.

Herr Aiwanger, Sie sind gar nicht im Bundestag; ich weiß gar nicht, ob Sie sich als FREIE WÄHLER fachkundig zu diesem Thema äußern können. Ihre gesammelten Forderungen belaufen sich auf astronomische Summen. Sie machen aber nicht einmal einen Finanzierungsvorschlag. Eine unseriösere Oppositionstaktik hat es selten gegeben. Nur noch einmal zu Information: Der Bundestagswahlkampf ist schon seit letztem Jahr vorbei.

Die Regierungskoalition unter Führung von Olaf Scholz in Berlin entlastet die Bürgerinnen und Bürger mit einem 10-Punkte-Programm und Steuererleichterungen um 15 Milliarden Euro. Das ist im Gegensatz zu Ihren Vorschlägen solide durchfinanziert. Ich will gerne einige konkrete Beispiele nennen. Wir heben den Steuergrundfreibetrag rückwirkend zum 1. Januar um 364 Euro an. Dabei geht es nicht nur um 364 Euro; dies wirkt sich auch auf die Progression aus. Wir erhöhen den Arbeitnehmerpauschbetrag um 200 Euro auf 1.200 Euro pro Jahr. Dies entlastet die hart arbeitenden Menschen in diesem Land. Die Pendlerpauschale, deren Erhöhung Sie fordern, wird auch auf 38 Cent angehoben. Warum Sie das heute noch einmal fordern, versteht niemand.

Die EEG-Umlage wird zum 1. Juli dieses Jahres komplett abgeschafft. Damit werden die Haushalte bei den Stromkosten auch noch einmal deutlich entlastet. Wir leisten an Grundsicherungsempfänger eine Einmalzahlung. Wir erhöhen den Heizkostenzuschuss. Wir geben in diesem Bereich der Sozialhilfe einen Kinderzuschuss. Das sind gezielte Entlastungen für die Menschen, die besonders von den hohen Öl- und Gaspreisen betroffen sind, keine Oppositionsrhetorik.

(Beifall bei der SPD)

Am absurdesten finde ich aber, dass gerade Sie jetzt ein Sonderinvestitionsprogramm des Bundes für die Energiewende fordern. Sie blockieren die Windkraft in Bayern. Sie haben den Ausbau der Stromleitungen blockiert. Gleichzeitig klagen CDU und CSU – das muss man sich vorstellen – vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den milliardenschweren Energie- und Klimafonds der Bundesregierung, den wir eingerichtet

haben. Jetzt fordern Sie ein Sonderinvestitionsprogramm. – Was für ein billiges Oppositionsgebaren. Dass Ihnen das selber nicht peinlich ist!

(Beifall bei der SPD)

Wir werden als Fortschrittskoalition auf Bundesebene 200 Milliarden Euro in den Klimaschutz und in die Energiewende investieren. Das ist gute Politik. Ihren unseriösen Oppositionsantrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Kollege von Brunn. – Nächster Redner ist Albert Duin von der FDP-Fraktion. – Pardon; Entschuldigung! Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Winhart, AfD-Fraktion.

(Florian von Brunn (SPD): Oje!)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr von Brunn, die SPD hat ja immer gute Beziehungen nach Moskau. Ich wollte Sie jetzt einfach einmal fragen: Erstens. Wissen Sie, was Herr Schröder zu dieser Stunde gerade in Moskau mit Putin verhandelt? Die zweite Frage: Wann schmeißen Sie Gerhard Schröder aus der SPD? Ich habe noch eine dritte Frage. Sie haben MSD und Pfizer unter anderem bei Ihrem Bundesparteitag als Sponsoren gehabt. Bei Ihrem Bundesparteitag wurden Sie aber auch von der Agentur für Erneuerbare Energien, vom Bundesverband Windenergie, aber auch von Zukunft Gas e. V. und von EnBW Energie Baden-Württemberg gesponsert. Ich frage Sie: Haben Sie angesichts so vieler Lobbyisten nicht allmählich Schwierigkeiten, den Richtigen noch die richtige Politik zu machen?

(Beifall bei der SPD)

Florian von Brunn (SPD): Ich weiß nicht, was Sie eigentlich wollen. Angefangen von Frau Petry über Herrn Gauland, über Herrn Chrupalla bis hin zu Frau Weidel hat ein ständiger Tourismus der AfD nach Moskau und in den Kreml stattgefunden. Es gibt

Politiker von Ihnen, die sich von den Russen auf der Krim und im Donbass herumführen haben lassen und gesagt haben, dass sie keine Probleme sehen. Es gibt andere Politiker der AfD, die sagen, dass bei uns in Deutschland keine Demokratie herrsche; hier dürfe man seine Meinung nicht sagen. Sie sagten das in Russia Today und lobten die Verhältnisse in Russland. Dass Sie überhaupt über dieses Thema reden! Sie werden doch von Putin finanziert. Legen Sie einmal Ihre Finanzen offen! Mehr sage ich zu diesem Thema nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Jetzt darf ich Herrn Albert Duin aufrufen.

Albert Duin (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Brunn hat uns nun alles erzählt, was er glaubt, gemacht zu haben, und was er alles zu verhindern versucht hat und wie toll es war, dass Sie auch die Stromleitungen gefordert haben. An alles das kann ich mich nicht mehr erinnern. Als ich aber den ersten Absatz eures CSU-Dringlichkeitsantrages gelesen habe, war ich schon sehr überrascht. Die meisten Dinge davon kannte ich aus Pressemitteilungen der letzten Jahre. Das war auch schon so, als die CSU in Berlin noch mitregiert hat. Warum ist in 16 Jahren so wenig passiert? Das ist für mich die Frage.

Ein Thema war immerhin neu – das ist natürlich mit mein Lieblingsthema –, nämlich die Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken. Wir müssen unbedingt prüfen, inwieweit uns eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke weiterhelfen kann, ob sie möglich ist und wie sie machbar ist. Ich stelle mir die Frage: Wer hat uns denn in die totale energiepolitische Abhängigkeit von russischem Gas geführt? Das war zum Ersten die SPD und zum Zweiten natürlich die jahrzehntelang in Bayern allein regierende CSU. Franz Josef Strauß hat damals den Bau der Atomkraftwerke in Bayern gefördert, weil er eben nicht abhängig sein wollte, aber die CSU hat diese Einsicht dann einfach vergessen. Die folgenden Ministerpräsidenten bis hin zu Markus Söder haben immer

gerne Putin die Hand geschüttelt und haben sich immer gefreut, wenn sie empfangen worden sind. Daran sieht man: Man muss immer alle Wege offenhalten und darf nicht immer nur hoffen, dass man politisch irgendwie einen Erfolg feiern kann.

Eines ist nämlich wichtig. Mich fragen die Leute auf der Straße und sagen: Es ist ja schön und gut, was ihr da alles diskutiert. Was bringt es mir? Immer weniger Geld! Jeden Tag! Schaut euch doch die Tankstellen an. Das ist doch irre!

Ich finde es ja toll, dass ihr jetzt zum großen Teil die Fehler einseht. Ich bin in dieser Beziehung ja auf eurer Seite. Ich bin ja dafür. Ich will euch auch nicht vorwerfen, dass ihr jetzt zur Vernunft gekommen seid. Ich finde das toll. Viele von euren Forderungen – das hat uns Kollege von Brunn schon gesagt – sind jetzt aber in Berlin schon in der Mache: Pendlerpauschale, Grundfreibetrag, Pauschbetrag und die Senkung der Stromsteuer – alles das ist ja schon in der Mache. Es ist toll, wenn ihr das wiederholt. Dann seid ihr ja mit uns einer Meinung; dann wird das ja, wenn Teile davon in den Bundesrat gehen müssen, dort locker durchgehen.

Jetzt noch ein Wort zu dem Vorschlag eines 100-Milliarden-Euro-Sonderinvestitionsprogramms. Tatsächlich ist es so: Wir müssen aufpassen, dass es wirklich ein Sonderinvestitionsprogramm bleibt und dort keine laufenden Kosten hineinlaufen; denn dann ist es kein Sonderinvestitionsprogramm mehr und ist dann auch nicht mehr so leicht in einem Sonderhaushalt zu führen.

Christian Lindner hat zusätzlich bereits 200 Milliarden Euro an Investitionen in den Klimaschutz in Aussicht gestellt. Auch das hätte die CSU schon mal in der Zeitung lesen können. Das war ja eine ganz gute Zusammenarbeit der neuen Ampelkoalition.

Ich danke auf alle Fälle dafür, dass ihr jetzt wirklich zur Einsicht kommt. Aber wir brauchen in Zukunft mehr praktikable Lösungen und Vorschläge, damit wir gemeinsam daran arbeiten können und nicht auf dem Rücken der Bürger draußen unsere Streitigkeiten austragen. Das ist das große Problem, das wir haben.

Also vielen Dank für den Antrag. Wir werden uns enthalten, weil schon so viele Punkte von uns erledigt sind. Aber das mit den Kernkraftwerken finde ich auf alle Fälle klasse. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Rainer Ludwig, FREIE-WÄHLER-Fraktion, auf.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die wegen des Ukraine-Kriegs exorbitant steigenden Energiepreise stellen die bayerische Wirtschaft sowie die privaten Verbraucher vor enorme Herausforderungen. Ich denke, das ist heute eindrucksvoll klar geworden. Der Preisschock schadet den Menschen, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und erhöht den Inflationsdruck. Wir fordern die Staatsregierung deshalb eindringlich auf, sich beim Bund und bei der Bundesregierung vehement dafür einzusetzen, dass Industrie und Verbraucher jetzt umgehend entlastet werden.

Meine Damen und Herren, Sie in der Ampel sitzen am Hebel, und Sie tragen jetzt die Verantwortung für Deutschland. Das ist die Realität. Kurzfristig schlagen wir hier vor – und da gehe ich mit dem Kollegen König konform –, die Verbrauchsteuern auf Energie sofort deutlich zu senken, insbesondere die Stromsteuer auf das EU-rechtlich zulässige Mindestmaß, die Energiesteuer auf fossile Kraft- und Heizstoffe zu senken, temporär die Mehrwertsteuer auf Strom, Kraft- und Heizstoffe auf 7 % zu reduzieren und die Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer rückwirkend ab dem 1. Januar 2022 anzuheben.

Meine Damen und Herren, aber auch mittelfristig gilt es in Deutschland, respektive Bayern, die Versorgungssicherheit zuverlässig und bezahlbar zu gewährleisten und uns langfristig von der Abhängigkeit von Russland zu lösen. Auf der Suche nach Alternativen sind wir vorurteilsfrei offen für alle Optionen. Ich darf vielleicht daran erinnern,

dass auch Ihr Klimaminister, Herr Habeck, gesagt hat: Die Versorgungssicherheit ist jetzt erst einmal wichtiger als der Klimaschutz.

Meine Damen und Herren, unsere situationsbezogenen Überlegungen hierzu sind – ich wiederhole mich hier heute –, die Abschaltung von Kohle- und Atomkraftwerken vorerst auszusetzen, das heißt, eine zeitlich befristete Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen deutschen Kraftwerke auf die nächsten drei bis fünf Jahre zu prüfen. Das gilt auch für eine Wiederinbetriebnahme der zum Ende 2021 abgeschalteten Atommeiler. Das bedeutet aber nicht – und ich wiederhole mich auch hier ausdrücklich –, dass wir zur Kernkraft zurückwollen. Nein, den Bau neuer Kernkraftwerke lehnen wir grundsätzlich ab. Aber darüber haben wir ja heute schon eine intensive Debatte geführt.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich ausdrücklich bei unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, der hier klare Fakten auf den Tisch gebracht hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich denke, er hat auch zum Ausdruck gebracht, dass außergewöhnliche Situationen außerordentliche Maßnahmen erfordern. Weniger Abhängigkeit von russischer Energie erfordert diese in Erwägung gezogenen Verlängerungen von Kohle- und Kernkraft, bis überbrückend zum Beispiel hinreichend Gas aus anderen Quellen vorhanden ist. Das wurde heute auch schon genannt: Gas aus Norwegen, aus Holland, LNG, also Flüssiggas.

Aber, meine Damen und Herren, diese Fragen richten wir natürlich an den Bund: Welche Technologien gewährleisten die Versorgungssicherheit? Reicht der Kohlestrom für die Überbrückung? Hält Deutschland genügend Kohle als Reservekapazität vor? Wie füllen wir die Gasspeicher, um über den nächsten Winter zu kommen? Der Ball liegt hier eindeutig in Berlin.

Ich sage Ihnen zum Thema Kohle: Die Wirtschaftsweisen sind ebenfalls von fossiler Kohle als Notfallkapazität überzeugt. Ich denke, auch wir sind davon überzeugt, das ist machbar.

Werte Kolleginnen und Kollegen, vor allem aber sind wir davon überzeugt, mehr erneuerbare Energie, eigene erneuerbare Energie zu produzieren. In diesem Zusammenhang ergeht mein wiederholter Appell zur massiven Beschleunigung der Energiewende. Die Erneuerbaren sind der Schlüssel für Versorgungssicherheit, Stabilität und Klimaschutz. Wir wollen eine gezielte Energieoffensive vorantreiben und fordern den Bund zu umfassenden Investitionen auf, zum Beispiel dort, meine Damen und Herren, wo das höchste Wachstumspotenzial liegt: Das ist die Sonnenenergie, das ist die Windenergie. Wir denken an private PV-Speicher nach dem bayerischen Vorbild, an Investitionen zur Realisierung von Geothermie-Projekten zur Unterstützung der Wärmeversorgung.

Wir brauchen eine schnelle Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft, um die bestehende Gasinfrastruktur für die Wirtschaft und natürlich auch die Verbraucher unabhängiger vom russischen fossilen Gas zu machen. Das System ist jetzt auf grünen Wasserstoff umzustellen. Die aspipelines müssen wasserstofftauglich gemacht und gezielt ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren, es geht auch darum, Potenziale bei der Windkraft zu heben, der Windkraft einen kraftvollen Schub zu verleihen. Vorschläge zum ambitionierten Ausbau haben wir geliefert. Diese Vorschläge gehen nach Berlin: zum Beispiel Windräder in ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten, Windräder im Wald oder Repowering von Windrädern – auch das ist heute schon angeklungen. Wir müssen hier auch einmal über die Südquote reden, also ausreichende Zuschlagsmengen für Windräder in Süddeutschland sicherstellen. Da muss der Bund endlich in Brüssel Druck machen, da müssen die Bremsen gelöst werden.

Des Weiteren, meine Damen und Herren, zum Thema Erneuerbare, wollen wir explizit auch den Biomasseanteil durch die Steigerung der Biogasproduktion erhöhen, sowohl bei der Strom- als auch bei der Wärmeerzeugung. Bioenergie ist für uns eine technologieoffene, komplementäre Energieform, die ergänzend zu den anderen Erneuerbaren steht. Bioenergie ist damit ein wichtiger Anker für die Energie- und Netzstabilität in unserem Land, die auch zur Kappung der Preisspitzen an der Strom- und Gasbörse beiträgt.

Ein Großteil der Biogasanlagenbetreiber kann bereits jetzt durch die erfolgte Flexibilisierung die Leistung bestehender Anlagen erhöhen. Wir fordern daher Verbesserungen für die rechtlichen Rahmenbedingungen, beispielsweise Rechtssicherheit bei der Genehmigung einer höheren Auslastung bestehender Anlagen und damit verbunden natürlich eine adäquate EEG-Vergütung.

Schließlich ist eine weitere Forderung an den Bund, mittelfristig eine Erhöhung der Einspeisung von Biomethan ins Erdgasnetz zu fördern. Ich meine, das ist ein weiterer wichtiger Schritt zum Einsatz von Biomasse.

Meine Damen und Herren, unser Wirtschaftsminister – auch das möchte ich noch mal ausdrücklich unterstreichen – hat nun zum ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien ein ausschließlich vom Bund finanziertes, verfassungskonformes, 100 Milliarden Euro umfassendes Sonderinvestitionsprogramm für die heimische Energieversorgung gefordert. Das ist dieselbe Summe, die Sie derzeit für den Import fossiler Energieträger ausgeben. Des Weiteren fordert unser Wirtschaftsminister, einen staatlichen Energiepreisdeckel zur Entlastung von Unternehmen und Bürgern einzuziehen.

Fazit: Summa summarum brauchen wir beschleunigte Verfahren für den fundamentalen Ausbau und Umbau unserer Energieerzeugung zugunsten dezentraler Strukturen und regionaler Wertschöpfung mit einem stufenweisen Programm, das ich Ihnen dargelegt habe: kurz-, mittel- und langfristig. Mit diesem Konzept sollte es uns gelingen, die Resilienz der bayerischen Wirtschaft zu stärken, die Unternehmen sowie die Bür-

gerinnen und Bürger zu entlasten, die Energiepreisstabilität und die Versorgungssicherheit auf lange Sicht zu gewährleisten, den Wohlstand und den sozialen Frieden in diesem Land nicht zu gefährden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Arnold, Ihre Zwischenbemerkung.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Ludwig, danke für das Programm, das Sie aufgelegt und abgegriffen haben. Ich habe eine Frage zum Detail. Das betrifft auch das politische Verhalten der FREIEN WÄHLER im ganzen Land. Sie sind auch eine Kommunalpartei. Immer dann, wenn über die Stromtrassen bei uns im Freistaat Bayern diskutiert wird, stellt sich die Frage, wer wann und wo davon betroffen ist. Ich gehe davon aus, dass diese Stromtrassen erneuerbare Energien von der Nordsee bringen. Wäre das aus Ihrer Sicht auch ein Beitrag, um die Energieversorgung in Bayern mit erneuerbaren Energien zu unterstützen? Wären Sie im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft und Angehörigkeit in den entsprechenden Kommunen dafür, für diese Projekte zu werben? Oder ist damit zu rechnen, dass Sie vor Ort sagen: Das brauchen wir alles aus Berlin? – In Bayern sind Sie nicht einmal bereit, eine Stromtrasse durch Ihr Gemeindegebiet zu legen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Arnold, Sie kennen unsere Position zu den Trassen. Dazu gibt es eine klare Meinung. Wir sagen: So viel wie nötig, so wenig wie möglich. Das ist ganz klar. Wir sagen aber auch, dass durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sicherlich der Ausbau der Trassen früher oder später kompensiert wird. Wir werden nicht jede Trasse verhindern können. Vor Jahren haben wir für die erneuerbaren Energien plädiert. Wir haben gesagt: Trassen lassen sich dadurch verhindern. Letztendlich ist der Bund dafür verantwortlich, welche Trassen gebaut werden. Viele befinden sich derzeit in der Umsetzung. Wir werden sicherlich nicht zurück-

können. Ich persönlich erachte natürlich die Kerntrassen für erforderlich. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die sich für die Trassen aussprechen und vor Ort dagegen demonstrieren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Ludwig, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Das gibt es in anderen Fraktionen und anderen Parteien. Ich betone noch einmal, dass wir nur so viele Trassen zulassen werden, wie notwendig sind. Das wird sich durch den ambitionierten Ausbau erneuerbarer Energien kompensieren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Es gibt keine weitere Zwischenbemerkung. – Ich rufe Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger auf.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist der zweite Teil der Diskussion zu den erneuerbaren Energien. Wir haben heute schon über viele Beispiele gesprochen, wo wir anpacken müssen. Wir müssen erneuerbare Energien ausbauen. Wir haben auch die Debatte über die Atomkraft geführt. Bei diesem zweiten Teil hat mir vor allem von Rot-Grün völlig die Sicht auf die Wirtschaft gefehlt. Das einzige Wort, das hierzu gefallen und bei mir hängen geblieben ist, war das Wort "Champagner-Abteilung". Nach dem Motto: Die schwimmen ohnehin im Geld. Denen schadet es nicht. Das war Ihre einzige Bemerkung. Sie sind nicht auf das Thema Lech-Stahlwerke eingegangen, das ich angesprochen habe. Sie haben auch nicht angesprochen Heinz-Glas in Oberfranken und viele andere mittelständische, größere und ganz große Betriebe, die jetzt wirklich wirtschaftlich mit dem Rücken zur Wand stehen. Sie sagen: Die Energiepreise haben sich im Bereich Gas teilweise verzehnfacht und im Strombereich deutlich erhöht, verdoppelt und verdreifacht. Wie wollen Sie als Teil der Bundesregierung das abfangen?

Sie meinen, der Wohlstand sei weiterhin gesichert und der Laden werde schon irgendwie laufen. Mir fehlt bei diesem Thema völlig die Einsicht. Der jetzige FDP-Bundesfinanzminister ist nicht bereit, die Mineralölsteuer nach unten zu drücken. Beim Benzin haben wir 65 Cent Mineralölsteuer, beim Diesel sind es 47 Cent. In diesem System gibt es dann auch noch die 19 % Mehrwertsteuer. Wir könnten, wenn der Bund will, bei der aktuellen Lage deutlich unter 2 Euro pro Liter kommen. Ob das auf Dauer funktioniert, weiß ich nicht. Wir könnten den Verbraucher an der Tankstelle um mehrere 10 Cent entlasten, wenn die FDP an dieser Stelle will.

Wir müssten schnellstmöglichst ein Wirtschaftsprogramm zur Entlastung der energieintensiven Betriebe auflegen. Sie haben über das Thema Industriestrompreis nur ein paar flache Witze gemacht, aber keine Antwort gegeben. Wie sollen diese energieintensiven Betriebe im Wettbewerb bestehen? – Ich sage Ihnen voraus, dass wir Hilfsprogramme brauchen werden, die sich am Ende an die Systematik anlehnen, die wir aus der Corona-Zeit kennen. Wir haben allein in Bayern rund 13 Milliarden Euro an Hilfen ausbezahlt für die Unternehmen, um sie durch die Corona-Zeit zu bringen. Es wäre dramatisch, wenn die Betriebe, die wir damit am Leben gehalten haben, jetzt aufgrund der hohen Energiepreise das Handtuch werfen. Klare Botschaft: Wir müssen Hilfsprogramme auflegen, die über ein KfW-Förderprogramm hinausgehen. Ich habe das auch dem Wirtschaftsminister des Bundes gesagt: Es wird nicht reichen, weil wir Betriebe haben, die keine Langfristdarlehen mehr brauchen. Diese sagen: Ich muss aktuell mit Fresh Money entlastet werden, sonst lege ich mein Werk still. Dann können Sie wieder Ihre Witze über die "Champagner-Abteilung" machen, aber dann wird die Arbeitnehmerschaft in die Kurzarbeit und in die Arbeitslosigkeit gehen, wenn die Unternehmen nicht mehr funktionieren. Deshalb klare Botschaft: Wir müssen jetzt genau die Situation analysieren.

Wir haben rund 1.200 bayerische Firmen, die in Russland engagiert sind. Das Geschäft ist völlig zusammengebrochen, auch bei denjenigen, die keine Sanktionsgüter haben. Dort gibt es kaum noch Warenaustausch und Geldflüsse. Diese Firmen stehen

vielfach vor dem Ruin, wenn nicht Hilfsprogramme greifen. Wir haben in der Ukraine rund 680 bayerische Firmen. Russland hat bei gewissen Firmenkonstellationen Enteignungen angedroht. Was sagen Sie denen? Ich wiederhole: Früher waren die Stahlwerke traditionelles SPD-Klientel, weil man dort Arbeiter hatte, die gewerkschaftlich organisiert waren. Diese haben Sie oft besser bedient als den Handwerker, der ohnehin nicht die SPD gewählt hat. Ganz klare Frage: Was ist mit diesen Betrieben? Finden diese in Ihrer Denke und Ihrem Weltbild überhaupt noch statt? Oder sagen Sie: Die brauchen wir nicht mehr?

Aktuell machen Sie eine Politik, die darauf hinweist, dass Sie diese Probleme nicht ernst nehmen. Klare Botschaft: Sie müssen diesen Unternehmen einen Energiepreis anbieten, mit dem sie arbeiten können. Wir brauchen in außergewöhnlichen Zeiten außergewöhnliche Werkzeuge. Sie können den Preis nicht einfach laufen lassen. Sie müssen Entlastungsprogramme an der Energiepreisfront ansetzen. Ansonsten müssen Sie sehr schnell Hilfsprogramme in Milliardenhöhe auflegen, um diese Firmen vor dem Ruin zu retten. Darüber haben Sie kein einziges Wort verloren, obwohl Ihr Antrag die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und die Entlastung der Verbraucher zum Inhalt hat. Sie haben mit ein paar Worten die Entlastung der Verbraucher erwähnt. Sie sagen, wenn der Sprit teuer ist, fahren die Leute nicht so viel. Wer auf dem Land weit fahren muss, interessiert Sie offenbar nicht. Man habe schließlich den ÖPNV. Das ist Ihre Argumentation. Sie haben bei der Pendlerpauschale nicht das geliefert, was Sie jetzt liefern müssten.

Noch einmal: Sie entlasten die kleine Frau und den kleinen Mann nicht an der Zapfsäule. Sie entlasten die Unternehmen nicht bei den Energiepreisen. Leider Gottes haben Sie derzeit auch auf Bundesebene keine Ideen, die dieses Thema ernst nehmen würden, nach dem Motto: Jawohl, wir brauchen jetzt schon Programme, die über KfW-Kredite hinausgehen. Wenn wir das nicht hinbekommen – das sage ich Ihnen voraus –, werden die Auswirkungen der Ukraine-Krise für die Wirtschaft deutlich krasser werden als die Auswirkungen der Corona-Krise. Dann haben wir die Probleme mit

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die wir befürchtet haben, jetzt als Folge. Noch können Sie gegensteuern, wenn Sie wollen. Wenn sich Ihre ganze energiepolitische und steuerpolitische Agitation auf 10 H konzentriert und Sie darüber nicht hinausdenken, werden Sie diese Wirtschaftsnation an die Wand fahren. Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr verehrter Herr Staatsminister, lieber Hubert, du brauchst dir keine Sorgen darüber zu machen, dass es der SPD nicht um den Erhalt der Arbeitsplätze und Industrien geht. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir uns darum gekümmert haben. Wir haben das Instrument der Kurzarbeit wieder in extensiver und richtiger Weise angewendet. Die größten Teile der Corona-Hilfen kamen auf Bundesebene von einem Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz. Ich weiß gar nicht, wie du auf die Idee kommst, dass wir Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Situation alleinlassen würden.

(Zuruf)

– Mit der Bemerkung zur Champagner-Etage habe ich darauf hingewiesen, dass wir keine steuerlichen Maßnahmen unterstützen oder zu vermeiden versuchen, die Spitzenverdiener ungerechtfertigt bevorteilen. Wir wollen zielgerichtete Hilfen. Wir wollen auch nicht, dass Mineralöl- oder Gasunternehmen dann eine gesenkte Mehrwertsteuer einbehalten und in den Preisen an ihre Kunden nicht weitergeben; darum geht es. Es geht darum, dass das Ganze auch sozial ausgewogen, effizient und vernünftig ist, und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das war keine Frage, sondern eine Feststellung. Damit können wir es bewenden lassen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, gebe ich bekannt, dass ich keine weiteren Dringlichkeitsanträge mehr aufrufen werde.

(Unruhe)

Wir haben eine mögliche Gesamtredezeit von circa 45 Minuten. Wenn ich einen Tagesordnungspunkt aufgerufen habe, dann muss er natürlich durchdiskutiert werden. Ich glaube, es ist richtig, das am Donnerstagabend um 10 Minuten vor 18 Uhr anzukündigen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/21636 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Danke. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD und der SPD sowie der fraktionslose Abgeordnete Atzinger. Stimmenthaltungen? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/21709 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Atzinger. Danke. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/21710 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete At-

zinger. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt, dass die nicht behandelten Dringlichkeitsanträge damit in die Ausschüsse verwiesen werden. Das betrifft die Anträge auf den Drucksachen 18/21638, 18/21639, 18/21711, 18/21640, 18/21641, 18/21712 sowie 18/21642.

Ich bedanke mich für die intensive Diskussion und wünsche einen ruhigen Nachhauseweg.

(Schluss: 17:54 Uhr)